Nr. 219 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 4. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltungen bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Neue polnische Erfolge

Die Polen haben nun auch auf dem südlichen Kriegsschauplatze, wo die Russen ihren Vormarsch auf Lemberg trotz der Schlappen an der übrigen Front fortsetzten, den feindlichen Ansturm gebrochen und die Heeresgruppe Budjennis wie die südlicher operierenden russischen Streitkräfte gezwungen, den Rückzug anzutreten. Der russische Heeresbericht meldet darüber lakonisch: „Abschnitt Lemberg: Unter dem Drucke des Gegners gingen unsre Abteilungen etwas nach Osten zurück." Anders lauten die Meldungen von polnischer Seite. Aus Warschau erfährt die „Neue Freie Presse", daß die Bolschewisten im Kampfe um Lemberg vollständig geschlagen worden seien. Große Massen von Gefangenen fielen in polnische Hand. Die rote Armee sei auf Brody zurückgeworfen worden. Jede Gefahr für Lemberg sei behoben. Und da die Polen bereits einen großen Teil der Bahnlinie Lemberg—Brody besetzt hätten, sei auch die Südfront bis an den Karpathen ins Wanken geraten und die Russen wichen eilends nach Osten zurück.

Damit scheint die neue russische Offensive zusammengebrochen, wie auch die nachstehende Meldung deutlich erkennen läßt:

× **Königsberg, 3. September.** Die neue Offensive auf dem Innenflügel der 12. russischen Armee und der Armee Budjennis begegnet erfolgreicher polnischer Abwehr. Die Armee Budjennis ist durch Flankenumfassung aus der Richtung Grabowice und nordwestlich von Tomaszow in bedrängter Lage. Der Rückzug ist eingeleitet worden.

Ueber die Beendigung der Minsker Verhandlungen und ihre Verlegung nach Riga oder Reval liegt auch jetzt noch keine definitive Entscheidung vor. Ein Warschauer Havastelegramm besagt zwar, Tschitscherin habe in einem Funkspruche an den polnischen Minister des Aeußeren der Verlegung der Verhandlungen von Minsk nach Riga zugestimmt und mitgeteilt, daß er eine mit entsprechenden Vollmachten versehene Abordnung zum Abschluß eines Friedens und eines gerechten Waffenstillstandes entsenden werde. Anderseits erklärt aber eine amtliche polnische Kundgebung, daß die Frage des Ortes der weiteren Verhandlungen noch nicht entschieden sei. Weiter heißt es darin: „Die russische Delegation in Minsk wünscht die Verhandlungen zu erleichtern und zu beschleunigen. Nur die sowjetistischen Militärbehörden zeigen eine wenig wohlwollende Haltung. Die russische Delegation betrachtet ihre 15 Punkte nicht als Ultimatum, sondern erwartet Gegenvorschläge. Die Haltung der Russen läßt hoffen, daß der von uns gewünschte Friede bald geschlossen sein wird." Auch der polnische Außenminister Fürst Sapieha erklärte einem Pressevertreter, daß man mit dem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Polen und Sowjetrußland für die nächste Woche rechnen dürfe.

Der litauisch-polnische Streitfall

× **Kowno, 3. September.** Eine Note des Ministers des Auswärtigen besagt:

„Als die Polen während ihrer Gegenoffensive nordwärts vorrückten, hat die litauische Regierung am 27. August eine Note nach Warschau gesandt, worin sie vorschlug, um jeden Konflikt zwischen den polnischen und litauischen Truppen zu vermeiden, eine provisorische Demarkationslinie festzulegen. Fast zur selben Zeit kam eine militärische Delegation aus Warschau nach Kowno mit dem Vorschlag, über militärische Fragen zu verhandeln und an erster Stelle eine Demarkationslinie zu ziehen. Die litauische Regierung war von der Aufrichtigkeit der polnischen Regierung um so mehr überzeugt, als die Polen wiederholt und erst kürzlich auf der Konferenz von Riga am 28. August erklärt hatten, daß Polen dauernd von dem Wunsch beseelt sei, eine freundschaftliche Lösung der strittigen Fragen zwischen Polen und Litauen zu finden, selbst dann, wenn die direkten Verhandlungen zu keinem endgültigen Resultat führen sollten; Polen wäre geneigt, die zwischen ihm und Litauen bestehenden Streitigkeiten durch andre friedliche Mittel zu regeln, die bei zivilisierten Nationen gebräuchlich sind, ohne zu den Waffen zu greifen. Ohne auf die Note vom 27. August geantwortet zu haben, und ohne die angefangenen Verhandlungen zu Ende zu führen, haben die Polen indes heimlich Truppen in der Gegend von Augustowo konzentriert und am 30. August plötzlich mit erheblichen Streitkräften schwache litauische Abteilungen angegriffen, die den Kanal von Augustowo bewachten. Die Litauer haben sich, überrascht durch die überlegenen polnischen Streitkräfte, in die Richtung von Kalwarija zurückgezogen, nachdem sie Tote und Verwundete eingebüßt hatten. Die oben erwähnten Tatsachen beweisen klar genug, daß die polnische Regierung litauisches Gebiet mit militärischer Macht besetzt hat, nachdem sie eine freundliche und friedliche Absicht vorgetäuscht hatte. Angesichts dieser Tatsachen bleibt Litauen nur übrig, sich mit allen möglichen Mitteln zu verteidigen und einen neuen polnischen Einfall zu verhindern. Ein Blutvergießen kann nur in dem Fall verhindert werden, wenn die Polen sich zurückziehen und die Festlegung einer provisorischen Demarkationslinie abwarten, die im Einvernehmen mit der litauischen Regierung bestimmt wird."

Die Note ist außer den Ententemächten auch dem Völkerbunde, dem Vatikan und sämtlichen fremden Vertretungen in Kowno übermittelt worden.

Finnisch-russische Krise

× **Kopenhagen, 3. September.** Nach einer Meldung der „Berlingske Tidende" aus Helsingfors sind die Friedensverhandlungen zwischen Finnland und Sowjetrußland in Dorpat auf einem kritischen Punkte angelangt. Die Schwierigkeiten wurden dadurch veranlaßt, daß die Russen für Finnland unannehmbare Forderungen in der Petschengafrage aufstellten. Die finnischen Unterhändler sprachen sich einstimmig gegen die russischen Forderungen aus. Seit Montag haben keine Verhandlungen stattgefunden. Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Verhandlungen zum zweiten Male abgebrochen werden, ohne daß der Waffenstillstand erneuert wird.

Die Forderungen wegen Breslau

Dr. Simons ersucht um Fristverlängerung

b. **Berlin, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Für gestern nachmittag hatte Reichsminister Dr. Simons seinen Besuch in der französischen Botschaft angesagt. Dr. Simons will eine persönliche, dem Notenwechsel nebenhergehende Erörterung der Streitfragen und eine Verlängerung der achttägigen Frist dem Botschafter in Vorschlag bringen. Die Reichsregierung rechnet mit Bestimmtheit, daß mindestens die Fristverlängerung von Frankreich zugestanden werden wird. Die aus den besetzten Gebieten kommenden Meldungen von neuen französischen Truppenansammlungen an den Rheinübergängen haben nach den amtlichen Rückfragen eine Bestätigung bisher nicht gefunden. — In einer weiteren Unterredung des französischen Botschafters im deutschen Auswärtigen Amt stellte der französische Botschafter keine Verlängerung der Deutschland gestellten Frist zur Annahme der französischen Sühneforderungen in Aussicht. Die Deutschland gestellte Frist läuft am 8. September mittags 12 Uhr ab.

Frankreich behält sich alles Weitere vor

⊕ **Genf, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" erfährt, daß die den Alliierten zugegangene Mitteilung von Frankreich über die Sühneforderung an Deutschland auch die offizielle Anzeige enthalten habe, daß bei Nichtannahme der Forderung in der gestellten Frist die französische Regierung sich die Freiheit ihrer Entschlüsse diplomatischer und militärischer Art vorbehalte.

Ein Kommentar Millerands

⊕ **Genf, 3. September.** (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Matin" meldet, erläuterte Millerand in der Pressebesprechung die Forderung an Deutschland dahin, daß mit der französischen Note der frühere deutsche Antrag, die Berliner Fahnenangelegenheit dem Völkerbund zur Entscheidung zu übertragen, abgelehnt sei. Die Entlassung des Hauptmanns v. Arnim sei eine der Hauptforderungen Frankreichs, um dem französischen Botschafter in Berlin persönlich Genugtuung zu geben.

Besprechung der Sühneforderungen

+ **Berlin, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett beschäftigte sich in einer Sitzung heute nachmittag u. a. wieder mit der politischen Lage, wie sie durch die französischen Sühneforderungen geschaffen ist. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Ein amtlicher Bericht über die Sitzung wird nicht ausgegeben. Sicherem Vernehmen nach schweben zwischen den beteiligten Stellen noch Ausgleichsverhandlungen.

Neue deutsche Note

⊕ **Genf, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Wie „Echo de Paris" meldet, hat der deutsche Botschafter Dr. Mayer eine neue Note seiner Regierung über Oberschlesien am Dienstag der Friedenskonferenz überreicht. Der neuen deutschen Note sind die Bekundungen von 78 Augenzeugen der Vorgänge in Oberschlesien als Anlage beigefügt.

Auch die Polen fordern Schadenersatz

b. **Berlin, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Der hiesige polnische Gesandte erhielt letzte Nacht den Auftrag seiner Regierung, von der deutschen Regierung Schadenersatz für die Zerstörung des polnischen Konsulats in Breslau zu verlangen, sowie eine angemessene Sühne. Die Note der polnischen Regierung lag dagegen bis heute früh noch nicht in der Gesandtschaft vor.

Die Lage in Oberschlesien

+ **Oppeln, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Die Polen versuchen gegen die italienischen Truppen und die Kreiskontrolleure, die den Willen haben, gegen sie einzuschreiten, mit allen Mitteln vorzugehen. So hat im Kreise Ratibor eine 200 Mann starke Bande versucht, die in Wellendorf stationierten italienischen Truppen zu verdrängen. In Sczedin (Kreis Lublinitz) haben sie eine Liste, die die Absetzung des dortigen Kreiskontrolleurs verlangt, zwecks Sammlung von Unterschriften herumgehen lassen. Mit den Franzosen besteht weiterhin gutes Einvernehmen und friedliches Zusammenarbeiten. So haben in Bielschow (Kreis Gleiwitz) französische Soldaten mit den Insurgenten zusammen die dortige Gendarmeriestation entwaffnet. Aus verschiedenen Kreisen wird gemeldet, daß Deutsche gezwungen werden, mit ihren Fuhrwerken die polnischen Waffen wieder nach Polen in Sicherheit zu schaffen. In Bogutschütz sind die Polen gestern abend in das Gemeindehaus, in dem sich außer der Wohnung des Bürgermeisters ein Polizeirevier befindet, eingebrochen und haben die dort mit Wissen der Interalliierten Kommission lagernden Waffen geraubt. Noch in derselben Nacht ließ daraufhin die Kontrollkommission den Bürgermeister verhaften.

Verletzung des Beuthener Abkommens

Wie verschiedenen Berliner Blättern berichtet wird, muß festgestellt werden, daß das Beuthener Abkommen immer wieder verletzt wird, so daß man von einer Innehaltung der dort getroffenen Vereinbarungen lediglich von deutscher Seite reden kann. Wie der „Kreuzztg." geschrieben wird, erklärt das deutsche Oberschlesien heute mit schärfstem Nachdruck vor aller Welt, daß es die Franzosen nicht für fähig und willens hält, eine unparteiische Abstimmung herbeizuführen und zu schützen. Ernste deutsche Männer sehen in den bisherigen polnischen Taten unter französischer Duldung nur ein Vorspiel zu dem, was kommen muß, sobald der Abstimmungstermin festgesetzt sein wird, und das um so mehr, als jetzt von neuem Gerüchte auftauchen, daß in 6 bis 8 Wochen ein neuer polnischer Aufstand ausbrechen werde.

Daß die Polen sich an die in Beuthen getroffenen Vereinbarungen nicht im geringsten kehren, beweist auch eine Wolff-Meldung aus Kattowitz, wonach die Entwaffnungsaktion ungleichmäßig fortschreitet. Die Polen haben den größten Teil der Waffen über die Grenze in Sicherheit gebracht. In den östlichen Kreisen des Aufstandsgebietes ist die Verwaltungstätigkeit weiterhin empfindlich gestört. Die Tätigkeit der Gerichte, der Zoll- und Postämter ist in den Grenzbezirken fast vollkommen lahmgelegt. Die allgemeine Unsicherheit steigt von Tag zu Tag. Nachrichten über schwere Mißhandlungen, Plünderungen, Ueberfälle und Mordtaten laufen täglich ein. In Przelaika, hart an der Grenze, wurden jetzt die Leichen von acht Personen ausgegraben, die am 20. August erschossen, in die Brinitza geworfen und dann auf dem Cholerafriedhof in Przelaika beigesetzt worden waren. In Balnow ist jetzt ein Grab mit sechs Leichen festgestellt worden, die anscheinend, wie die Opfer von Josephstal, ermordet worden sind. Unter den Opfern von Josephstal befindet sich ein Elsässer und vier Tschechoslowaken.

Bei diesen Zuständen ist es kein Wunder, daß die Bildung von Bürgerwehren auf paritätischer Grundlage unter großen Schwierigkeiten nur langsam weitergeht. Einmal deshalb, weil Meldungen zu den Bürgerwehren spärlich einlaufen, hauptsächlich aber, weil die polnischen Ortswehren, die sich die Polizeigewalt anmaßten, besonders in den östlichen Aufstandsgebieten, die Bildung von Bürgerwehren überhaupt verhindern können. In Beuthen dürfte die Bildung der Wehr deshalb unterbleiben, weil die Ententekommission abgeneigt ist, die Kosten auf den allgemeinen Landesetat zu übernehmen.

Ein neuer russischer Protest

B. **Berlin, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Gegen eine Duldung und Erleichterung der Ententetransporte für Polen durch Deutschland hat die Sowjet-Regierung durch ihren Berliner Vertreter Kopp einen neuen Einspruch bei der Reichsregierung angekündigt. Der Sowjet-Regierung sind Mitteilungen zugegangen, wonach die Ablösungstransporte für die Abstimmungsgebiete mehrfach Kriegsmaterial mitgeführt haben, das für Polen bestimmt gewesen wäre. Die Sowjet-Regierung wird von Deutschland Gegenmaßnahmen verlangen.

Frankreich sieht Gespenster

F. **Paris, 1. September.** (Eigener Bericht.) Obwohl von amtlicher deutscher Seite auf die französischen Berichte über deutsch-russische Vereinbarungen militärischen und diplomatischen Charakters mit scharfen Dementis geantwortet wurde, bleibt die vom Auswärtigen Amte beeinflußte Pariser Presse und das der französischen Regierung sehr nahestehende italienische Blatt „Gazzetta del Popolo" bei der ständigen Wiederholung dieser „Tatsache". Es wird jetzt mitgeteilt, daß die französische Regierung den Schlüssel des „Geheimkode", in dem Berlin mit Moskau über den „gemeinschaftlichen Angriffskrieg gegen Frankreich" unterhandelte, in Händen habe. Poincaré teilt in der „Revue des Deux Mondes" mit, „die Funksprüche hätten das von der deutschen Regierung angezettelte Komplott" verraten. Gleichzeitig bringen allerlei Hetzblätter in Paris und in der Provinz zweifellos gefälschte „deutsche Geheimbefehle" zum Abdruck. Man muß sich fragen, ob nicht wieder die aus der Kriegszeit her bekannten „Propagandabureaus" in Tätigkeit sind, um den Zündstoff für die Presse zu liefern. Da auch die Ahndung der Breslauer Geschehnisse, die verdiente Bestrafung der deutschen Schuldigen" gefordert wird, so verknüpft man die Tendenzberichte über den angeblichen Geheimvertrag mit der Pressekampagne zur Erreichung sehr scharfer Maßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Die künstlich geschaffene Erregung gegen Deutschland ist wieder so hoch gestiegen, daß Hervé in seinem Blatte „Victoire" auf die bedenklichen Seiten dieser „ewigen Treiberei gegen das besiegte und niedergedrückte deutsche Volk" hinweist und die Hetzer vor der Gefahr dieser „sterilen Taktik" warnt. Auch in einigen radikalsozialen Blättern sucht man den neu aufflammenden Haß und die säbelrasselnden Verfechter eines „energischen Vorgehens gegen die Deutschen" zu beschränken.

Die Aufgaben des Generals Weygand

L. **London, 1. September.** (Eig. Drahtbericht.) Ueber den Zweck der Rückkehr des französischen Generals Weygand aus Polen wird mitgeteilt, daß Weygand an den mit Paderewski geführten Pariser Konferenzen über die Festlegung einer „strategischen polnischen Verteidigungslinie" teilnehme; es handelt sich um die wichtige Frage, eine Linie zu schaffen, die außerhalb der vertragsmäßigen Grenzen Polens gegen Rußland fixiert werden soll. Diese „Schutzgrenzlinie" soll bis zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen Polen und Rußland gehalten werden; sie soll „Polen vor neuen Einfällen der roten Soldaten schützen". General Weygand ist ein Anhänger dieser „vorgeschobenen Position Polens". Die französische Generalstabspresse macht dafür sichtliche Propaganda, so daß man jetzt in Paris mehr und mehr die Auffassung vertreten hört, „Polen müsse bis zur Konsolidierung der Verhältnisse im Osten" eine über seine Grenzen hinausgerückte Schutzlinie mit starken strategischen Stützpunkten besitzen. Man vergleicht dabei die Lage des gefährdeten Polens der Frankreichs, das sich auch „bis zur Erfüllung des Versailler Vertrages und bis zur Bäuterung Deutschlands" eine vorgeschobene Grenze zusprechen ließ. Die mit Padewski geführten Konferenzen finden vorderhand nur mit französischen Bevollmächtigten statt. Doch es steht zu erwarten, daß das Ergebnis dieser Konferenzen dem Pariser Botschafterrate noch im Laufe dieser Woche mitgeteilt werden wird.

General Weygands Erfahrungen in Polen sollen auch für die Bekämpfung der französischen Kommunisten-Agitation benutzt werden. Das Pariser „Bulletin Communiste" bringt die Mitteilung, daß Weygand zum „Organisator einer antikommunistischen Kampagne in der Republik" ausersehen wäre. Man erwartet in diesen Kreisen die schärfste Unterdrückung aller kommunistischen Schriften, die Auflösung aller Vereinigungen, also einen durchgreifenden Reinigungsprozeß, der, „wenn nötig, mit Bajonetten und Gewehrkolben" durchgeführt werden soll.

Fehlbeträge im Reiche und in Preußen

b. **Berlin, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Auch im Monat August weisen nach den vorläufigen Feststellungen die Etats des Reiches und Preußens sehr erhebliche Mindereinnahmen auf. Für das Reich werden die Mindereingänge auf 2 bis 2½ Milliarden, für Preußen auf 1½ Milliarden beziffert. Die Reichsbetriebe, Post und Eisenbahn, arbeiteten auch im August mit ganz erheblichen Fehlbeträgen.

Neue Mittel für die Erwerbslosen

W. **Frankfurt a. M., 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Nachdem gestern in einzelnen Fabriken aus Anlaß der Arbeitslosendemonstrationen und der Erschießungen passive Resistenz geübt worden war, befaßte sich am Nachmittag eine Konferenz der Unabhängigen und Kommunisten mit der Frage des Generalstreiks. Die Konferenz beschloß einen eintägigen Generalstreik. Die Mehrheitssozialisten lehnten den Generalstreik aber ab. Mitbestimmend für die Ablehnung war eine telephonische Mitteilung des Oberbürgermeisters, daß die Regierung für die Erwerbslosen 55 Millionen Mark bewilligt habe, die auf das Reich verteilt würden, und daß Frankfurt aus eigenen Mitteln 2½ Millionen zuschießen wird. Ein Antrag der Mehrheitssozialisten, den Ertrag einer Arbeitsstunde für die Erwerbslosen zur Verfügung zu stellen, wurde von einem Unabhängigen dahin erweitert, daß die gleiche Summe im Verhältnis der Zahl der Arbeiter von den Unternehmern an das Arbeitsamt abgeliefert und die Verteilung nach genauen Richtlinien von einer gemischten Kommission vorgenommen werden soll. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Abgelehnte Lohnerhöhung

w. **Hanau, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Nachdem der Magistrat die von den Stadtverordneten bewilligte Forderung der städtischen Arbeiter auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung abgelehnt hat, forderten die Kommunisten, die in Hanau die Mehrheit haben, den Rücktritt des Magistrats. Mit Unterstützung der Mehrheitssozialisten erklärten sich die Kommunisten bereit, in den neuen Magistrat einzutreten. Da Unruhen befürchtet werden, haben fast alle Geschäfte geschlossen. Der Bürgermeister hat telephonisch sein Erscheinen angesagt, um zu vermitteln.

Die Opfer der Unruhen

Von den bei den Kundgebungen der Erwerbslosen in Frankfurt a. M. Schwerverletzten sind inzwischen fünf, darunter eine Frau, im Krankenhause gestorben. Nach Mitteilung der städtischen Nachrichtenstelle sind außer den inzwischen Verstorbenen noch vier Schwer- und acht Leichtverwundete eingeliefert worden. Mittwoch abend ist ein weiterer Waffenladen in der Pfarrgasse ausgeplündert worden. Mehrere Rädelsführer wurden verhaftet.

Das infolge der blutigen Vorkommnisse einberufene Gewerkschaftskartell hat mit 88 gegen 20 Stimmen den Eintritt in den Generalstreik abgelehnt.

Nach den endgültigen Feststellungen der Polizeibehörde in Augsburg haben dort die Unruhen vier Tote gefordert. Die U. S. P. hat, wie der „Volkswille" mitteilt, die Betriebsräte aufgefordert, zum Protest den Generalstreik zu erklären. Sollten sich die Betriebsräte dieser Forderung widersetzen, so werde die Partei als solche ihre Maßnahmen treffen. Vom Vollzugsrate der Betriebsräte und des Gewerkschaftsbundes wurden die Arbeiter zur Ruhe und zur Fortsetzung der Arbeit ermahnt.

Abflauen des Streiks in Württemberg

* **Stuttgart, 3. September.** Gestern haben die drei sozialistischen Parteien, das Gewerkschaftskartell und die freien Angestelltenverbände in einem Flugblatt zur Fortführung und Verschärfung des Ausstandes aufgefordert. Im übrigen geht der Geschäftsverkehr in gewöhnlicher Weise vor sich. Von einer Arbeitsruhe ist im öffentlichen Leben nichts mehr zu spüren. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Beilegung des Ausstandes haben heute unter dem Vorsitz der Regierung begonnen. An eine ernste Weiterführung des Ausstandes kann nicht mehr gedacht werden. Die von kommunistischer Seite beabsichtigten neuen Terrorisierungsversuche gegen die Geschäftsleute sind unterblieben, da seit den frühen Morgenstunden starke Patrouillen der Sicherheitswehr durch die Stadt zogen. Alle Läden sind geöffnet. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt ständig zu.

Der Reichspräsident mahnt

+ **Stuttgart, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) In Freudenstadt trug gestern eine Abordnung der vereinigten Gewerkschaften dem dort weilenden Reichspräsidenten Ebert die Wünsche der Arbeiterschaft vor. Der Reichspräsident erklärte sich zur Uebermittlung der Wünsche an die Reichsregierung bereit. Weiter will er die Regierung erneut bitten, alles daran zu setzen, daß so schnell wie möglich die Steuern der Besitzenden restlos eingezogen werden. Der Reichspräsident wies im Laufe der Besprechung darauf hin, daß wir uns zur Zeit in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. Nur durch ruhiges besonnenes Arbeiten könnten wir unser Staatswesen zu neuer Blüte bringen, und er freue sich, daß auch die Arbeiterschaft von Freudenstadt in diesem Sinne tätig sei. Die Freudenstädter Gewerkschaften haben den Eintritt in den Generalstreik einstimmig abgelehnt.

Ausbau der deutschen Wasserstraßen

+ **Berlin, 3. September.** (Eig. Drahtbericht.) Im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist die Denkschrift für den weiteren Ausbau der vorhandenen Wasserstraßen, Wasserkräfte, sowie für den Bau einer Schiffahrtsstraße nahezu fertiggestellt. Da auch die Verwaltung der Wasserstraßen ebenso wie die der Eisenbahn auf das Reich überführt wird, so soll die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200904/1